

GR Dr. Claudia Unger

17.02.2022

ABÄNDERUNGSANTRAG

<u>Betr.:</u> Dringlicher Antrag der SPÖ betreffend Maßnahmen gegen Femizide

- Ausbau der Burschenarbeit, eingebracht von GR Anna Robosch

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Maßnahmen gegen Femizide sind angesichts der erschreckend hohen Zahl an Morden an Frauen wichtig und unumgänglich. Die ÖVP befürwortet deshalb nicht nur die strenge Verfolgung der Täter, sondern setzt sich deshalb auch mit aller Kraft für Präventionsarbeit und Aufklärung ein. Viele Initiativen dazu wurden in den letzten Jahren maßgeblich von StR Kurt Hohensinner unterstützt oder mitinitiiert, wie z.B. das Projekt Heroes.

Es ist wissenschaftlich belegt und entspricht auch der Erfahrung der praktischen Arbeit zu diesem Thema in den letzten Jahren, dass ein wesentlicher Teil der Lösung die Arbeit mit Burschen und (jungen) Männern ist. Deshalb schlagen wir einen umfassenderen Zugang zur Initiative des genannten Ausschusses vor. Es handelt sich schließlich um ein Thema, das als Querschnittsmaterie gesehen werden muss, weil sowohl Bildung, Familie, Jugend und Gleichstellung als auch Integration und Soziales wichtige Schlüsselressorts sind, die einen Beitrag leisten können und müssen.

In der letzten Gemeinderatsperiode waren die entsprechenden Ressorts in der Verantwortung von StR Kurt Hohensinner. Durch die Verschiebungen im Zuge der Neuverteilung nach der letzten Wahl hat sich das geändert, weshalb nun auch die aktuellen Ressortverantwortlichen Bürgermeisterin Elke Kahr und Integrationsstadtrat Robert Krotzer gefragt sind, sich an den Maßnahmen auf lokaler Ebene zu beteiligen. Frau Bürgermeisterin als Verantwortliche der Frauenagenden ist demnach doppelt zuständig, dieses Thema mit Nachdruck zu bearbeiten, geht es schließlich am Ende um das angstfreie und sichere Leben von Mädchen und Frauen.

Daher stelle ich namens des Gemeinderatsklubs der ÖVP den

Abänderugsantrag,

dass Punkt 2 folgendermaßen lautet:

Bürgermeisterin Elke Kahr, Stadtrat Mag. Robert Krotzer sowie Stadtrat Kurt Hohensinner, MBA werden aufgefordert, in einem gemeinsamen Ausschuss der Ausschüsse für Bildung, Sport, Jugend und Familie sowie für Frauen, Gleichstellung LGBTIQ+ und Menschenrechte einen Überblick über die bisherigen Angebote in Graz zu Burschenarbeit zu liefern, um dann gemeinsam mit den im Motivenbericht genannten Expert:innen darüber zu beraten, wie viel auch auf lokaler Ebene in diesem Bereich noch zu erreichen wäre.